



Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel

Erscheint werktäglich. Für Mitglieder des Börsenvereins ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag eingeschlossen, weitere Exemplare zum eigenen Gebrauch kosten je 30 Mark jährlich frei Geschäftsstelle oder 36 Mark bei Postüberweisung innerhalb des Deutschen Reiches. Nichtmitglieder im Deutschen Reich zahlen für jedes Exemplar 30 Mark bez. 36 Mark jährlich. Nach dem Ausland erfolgt Lieferung über Leipzig oder durch Kreuzband, an Nichtmitglieder in diesem Falle gegen 5 Mark Zuschlag für jedes Exemplar.

Die ganze Seite umfaßt 360 viergespalt. Petitzeilen, die Zeile oder deren Raum kostet 30 Pf. Bei eigenen Anzeigen zahlen Mitglieder für die Zeile 10 Pf., für $\frac{1}{2}$ S. 32 M. statt 36 M., für $\frac{1}{4}$ S. 17 M. statt 18 M. Stellengesuche werden mit 10 Pf. pro Zeile berechnet. — In dem illustrierten Teil: für Mitglieder des Börsenvereins die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pf., $\frac{1}{2}$ S. 13.50 M., $\frac{1}{4}$ S. 26 M., $\frac{1}{8}$ S. 50 M.; für Nichtmitglieder 40 Pf., 32 M., 60 M., 100 M. — Beilagen werden nicht angenommen. — Beiderseitiger Erfüllungsort ist Leipzig

Eigentum des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig

Nr. 70.

Leipzig, Sonnabend den 25. März 1916.

83. Jahrgang.

Redaktioneller Teil.

Kreisverein Ost- und Westpreussischer Buchhändler.

In der am 12. März in Königsberg i/Pr. stattgefundenen Außerordentlichen Versammlung ist folgende Entschliessung einstimmig angenommen worden:

»Die heute in Königsberg tagende Außerordentliche Versammlung des Kreisvereins Ost- und Westpreussischer Buchhändler beauftragt seinen Vorstand, unverzüglich die notwendigen Schritte einzuleiten, die entweder den Börsenverein oder die einzelnen Orts- und Kreisvereine ermächtigen, im Interesse des Sortiments einen allgemeinen Teuerungszuschlag von minimal 10% auf den Ladenpreis festzusetzen, da die Wirtschaftsverhältnisse für das Sortiment im Hinblick auf die allgemeine Teuerung und unter der vielfach rücksichtslosen Festsetzung neuer verschlechterter Lieferungsbedingungen vieler Verlagsbehandlungen und unter den zu ungeahnter Höhe anwachsenden staatlichen und kommunalen Lasten nebst Verkehrssteuern unhaltbar werden.«

Königsberg i/Pr., den 18. März 1916.

Der Vorstand.

Otto Paetsch,
Vorsitzender.

Zur Steuerfrage.

Es ist immer so gewesen und wird auch stets so bleiben: wenn der Staat sich durch neue Steuern Einnahmen verschaffen muß, erhebt sich ein Sturm der Entrüstung. Viele Federn werden angefeuert, um zu beweisen, daß die Steuern eine unerträgliche Belastung darstellen, die das betreffende von ihnen berührte Gewerbe unmöglich tragen könne. Deshalb können auch die vorgebrachten Gründe gegen die diesmal von der Regierung vorgeschlagenen neuen Steuern keinen Anspruch auf Originalität machen, weil nach Ven Aliba alles schon einmal dagewesen ist. Und darum werden sie auch wohl keinen erschütternden Eindruck auf die regierenden Kreise machen. Vor allen Dingen aber dann nicht, wenn man keine besseren Wege angeben kann, wie die nötigen Gelder aufgebracht werden sollen. Denn darüber wird doch wohl in diesem Augenblick kein Zweifel mehr herrschen, daß recht erhebliche Summen durch Steuern aufgebracht werden müssen, da es diesmal uns Ganze geht.

Es klingt ja natürlich recht einfach, das erforderliche Geld durch direkte Steuern aufzubringen, aber dem stehen so große Schwierigkeiten entgegen, daß diese auch von den zahlreichen Bessertwissern nicht überwunden werden können; denn nach der Verfassung sind die direkten Einkommensteuern den Bundesstaaten zugesprochen, während die Einnahmen des Reiches auf indirekten Steuern und Zöllen beruhen. Aber selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die Verfassung schließlich nicht Selbstzweck ist, sondern einfach abgeändert werden könnte, so würden die Bundesstaaten doch niemals ihr Einverständnis dazu geben, weil sie damit ihre eigene Existenz gefährdeten. Schließlich werden aber die Bundesstaaten selbst gezwungen sein, die Einkommensteuer recht erheblich zu erhöhen,

und zwar infolge ihrer eigenen Kriegsauswendungen auf der einen und des Rückgangs ihrer Steuereinnahmen auf der andern Seite.

Kein Mensch wird nun behaupten wollen, daß die in den Bundesstaaten bereits angekündigten Steuererhöhungen auf freudige Zustimmung gestoßen sind, und unbestreitbar ist es, daß die Menschen sich mit den indirekten (weil weniger sichtbaren) Steuern leichter abfinden, als mit den direkten Einkommensteuern. Was wurde z. B. von den Beteiligten der Tabakindustrie über die Zigarettensteuer geklagt! Ein gewaltiger Rückgang des Umsatzes, Entlassung zahlreicher Arbeiter usw. wurde mit schwarzen Buchstaben an die Wand gemalt. Aber das Gegenteil davon ist Wirklichkeit geworden; ein fabelhaftes Anschwellen des Umsatzes ist erfolgt. So ähnlich geht es bei den anderen indirekten Steuern. Trotzdem hören wir auch diesmal wieder von allen Seiten: »Heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an!« Ich meine, das ist in dieser Zeit recht wenig patriotisch und einsichtsboll gehandelt.

Der Buchhandel wird diesmal wie Handel und Gewerbe im allgemeinen besonders durch die Verkehrssteuern getroffen werden. Ein Protest dagegen ist ja im Börsenblatt bereits erfolgt. Auch mir sind Verkehrssteuern aus prinzipiellen Gründen nicht sympathisch, und doch stehe ich heute auf dem Standpunkte, daß außerordentliche Zeiten auch außer gewöhnliche Maßnahmen erfordern. Und deshalb werden wir uns wohl oder übel auch mit diesen Steuern abfinden müssen.

Es sei mir daher gestattet, einige Gründe anzufügen, die vielleicht geeignet sind, uns allmählich mit dem Gedanken dieser Verkehrssteuern auszuföhnen. Denn daß sie ganz aus dem Steuerbuckette wieder verschwinden, glaube ich solange nicht, als nicht bessere Vorschläge gemacht werden.

Frachtstempel. Wer heute kleine Ballen aus Großstädten, wie z. B. Berlin, bekommt, muß die Erfahrung machen, daß die Spediteure für Kollgeld einen Betrag berechnen, der unter Umständen dem Frachtbetrage gleichkommt. Ich habe nie darüber ein Wort der Unzufriedenheit gelesen. Der Handel hat sich also stillschweigend damit abgefunden, daß ein Privatunternehmen einen Kriegsausschlag auf Kollgeld erhebt. Aber in demselben Augenblick, wo der Staat einen kleinen Frachtstempel beansprucht, um die — sozusagen — von seinen Bürgern gemachten Schulden auch durch einen Kriegsausschlag abzutragen, erhebt sich sofort Protest gegen die Belästigung und Erschwerung des Verkehrs.

Man steht sich heute infolge des hohen Kollgeldsatzes bei kleinen Sendungen aus Berlin durch die Post besser, weil diese so außerordentlich billig befördert. Die Erhöhung der Postsätze stellt nun gewissermaßen für den Betrieb der Reichspost ebenfalls einen Kriegsausschlag dar, wie ihn fast sämtliche Gewerbe eingeführt haben. Wenn der Buchhandel heute dazu noch nicht übergegangen ist, so ist das ein neuer Beweis dafür, wie konservativ er ist und wie langsam er sich einer neuen Lage anpassen kann. Es kann nun nicht bestritten werden, daß für Firmen, die einen großen Postverkehr haben, die Erhöhung des Portos eine nicht unbedeutende Belastung darstellt, ohne daß diese natürlich in allen Fällen die Bedeutung